



NEWSLETTER NOVEMBER

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

Mitte Oktober wurde die EEG-Umlage für das kommende Jahr festgelegt. Sie steigt moderat um knapp 0,5 ct/kWh auf 6,88 ct/kWh. Nicht wegen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sondern vor allem weil der Börsenpreis für Strom weiter gesunken ist. Wer uralte Kohlekraftwerke weiter laufen lässt, dadurch den Börsenpreis in den Keller treibt und obendrein große Teile der Industrie befreit, darf sich nicht wundern, wenn die EEG-Umlage für die privaten Verbraucher steigt. Auch die Netzentgelte sind gestiegen. Mit dem Kostenargument hat Gabriel den Ausbau der Erneuerbaren Energien ausgebremst. Gleichzeitig hat die CSU jahrelang den Netzausbau torpediert und verschleppt, weshalb nun der kostengünstige Erneuerbaren-Strom nicht abtransportiert werden kann. Klimaschädliche Kohlekraftwerke verstopfen die Netze und Netzeingriffe sind an der Tagesordnung. Bundesminister Gabriel ist damit mit seiner Energiepolitik grandios gescheitert. Das ist der Abriss der Energiewende anstatt mit mehr Erneuerbaren Energien die Herausforderungen des Pariser Klimaabkommens anzunehmen.

Beim Abgasskandal gibt es mittlerweile kaum einen Tag, an dem keine neuen Hiobsbotschaften über das organisierte Staatsversagen an die Öffentlichkeit gelangen. Ergebnisse der Zeugenbefragung im Untersuchungsausschuss festigen dieses Bild. Seit Jahren wusste die Bundesregierung, dass die Grenzwerte für Stickstoffdioxid in der Realität nicht eingehalten werden. Trotz des massiven Auseinanderfallens der Werte im Labor und auf der Straße hat die Bundesregierung jahrelang nichts unternommen. Doch statt den Abgasskandal endlich aufzuklären, feiert sich Verkehrsminister Dobrindt (CSU) lieber für einen rückwärtsgewandten Bundesverkehrswegeplan. Statt Klimaschutz und Nachhaltigkeit macht Dobrindt hier Straßenbaupolitik der 1960er Jahre.

Doch lesen Sie am besten mehr über diese und weitere Themen in meinem aktuellen Newsletter.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr/euer
Oliver Krischer

Energie/Umwelt/Klima

- 1. Atomrückstellungen – Jetzt keine Fehler machen!**
- 2. EEG-Umlage – Energiewende vorantreiben**
- 3. Netzentgelte steigen: Resultat jahrelanger Verschleppung von Entscheidungen**
- 4. Riesige Chance für Nachhaltigkeit**
- 5. Schrittweises Ende für Fluorkohlenwasserstoffe**
- 6. Städtereion Aachen kämpft gegen die belgischen AKW Tihange und Doel**

Agrar/ Ernährung/Verbraucher

- 7. Freihandelsabkommen CETA: Sand in den Augen der Öffentlichkeit**
- 8. Walfang stoppen**
- 9. Fischerei in Küstenmeeren: Dorsch in den Fängen der Politik**
- 10. Genmais: Agrarminister Schmidt's großer Schwindel**

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

- 11. Untersuchungsausschuss Abgasskandal – Ein Minister, der nichts aufklären und keine Konsequenzen will**
- 12. Bundesverkehrswegeplan – Dobrindts unrealistische ‚Wünsch-Dir-Was“-Liste**
- 13. Verkehrswende einleiten und fossile Verbrennungsmotoren auslaufen lassen**
- 14. Fraktionsschwerpunkt: Grün macht mobil!**
- 15. Damit Wohnen bezahlbar bleibt**

Energie/Umwelt/Klima

1. Atomrückstellungen – Jetzt keine Fehler machen!

Ende Oktober hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Umsetzung der Kommission zur Finanzierung des Atomausstiegs (KFK) verabschiedet. Zuvor hatte sich die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Atomausstieges Ende April auf einen Kompromiss zum Umgang mit den Rückstellungen der Energieversorger geeinigt. Ob dieser trägt, hängt nun von der konkreten Umsetzung ab. Für uns gilt als Maßstab, ob die Empfehlungen der KFK ohne Abstriche umgesetzt worden sind. Hier gibt es in dem vorgelegten Text offene Punkte, die wir im weiteren Verfahren klären und gegebenenfalls konkretisieren wollen. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

2. EEG-Umlage – Energiewende vorantreiben

Die EEG-Umlage wird im kommenden Jahr von 6,35 moderat auf 6,88 ct/kWh steigen. Grund ist vor allem der niedrige Börsenstrompreis. EEG-Anlagenbetreiber erhalten aus dem EEG-Konto die Differenz zwischen Börsenpreis und gesetzlicher Vergütung. Je niedriger der Börsenpreis, desto höher der Teil, der über die EEG-Umlage finanziert werden muss. Die EEG-Umlage ist aber keineswegs ein Indikator für die Kosten der Energiewende, schon deshalb weil sie die Senkung des Börsenstrompreises durch den Ökostrom ausblendet. Die reinen Stromerzeugungskosten werden in der Summe günstiger. Wir fordern deshalb, dass die sinkenden Beschaffungspreise endlich an die Stromkunden weitergegeben werden. Die Verteilung der Energiekosten ist ungerecht, da wegen der Industrieausnahmen Privathaushalte und Mittelstand fast die ganzen EEG-Kosten zahlen. Kohlekraftwerke sind in jedem Fall teurer – erst recht, wenn man die immensen Folgekosten berücksichtigt. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

3. Netzentgelte steigen: Resultat jahrelanger Verschleppung von Entscheidungen

Die Übertragungsnetzbetreiber haben jüngst deutliche Erhöhungen der Netzentgelte in ihren Gebieten angekündigt. So will allein Tennet um 80 und 50Hertz um 42 Prozent erhöhen. Nach bisherigen Berechnungen könnten die Stromnetzentgelte durch die Preiserhöhungen auf Übertragungs- und Verteilnetzebene auf 7 bis 10 Prozent steigen. Die Preissteigerungen werden mit den hohen Netzeingriff-Kosten begründet und den zahlreichen Industrieausnahmen. Eine Lösung zur Kostenminimierung wäre ein schneller und gut durchdachter Netzausbau, kombiniert mit sinnvollen Abnahmeregeln. Zudem brauchen wir eine Reform der Industrieausnahmen auf tatsächlich energie- und außenhandelsintensive Branchen. Doch von all dem sind wir durch die Energiepolitik von CDU/CSU und SPD weit entfernt. So verzögerte sich der Netzausbau wegen der Blockadehaltung aus Bayern um Jahre. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

4. Riesige Chance für Nachhaltigkeit

Transparenz über die Bedingungen der Herstellung eines Produkts ist für viele Verbraucher wichtig für die Kaufentscheidung. Wie umweltgerecht produziert ein Unternehmen? Achtet es bei seinen Zulieferern auf die Einhaltung von Menschenrechtsstandards? Werden Angestellte fair bezahlt? Diese Transparenz könnten Unternehmensberichte schaffen, die ab 2017 europaweit für große Unternehmen verpflichtend sein sollen. Die Bundesregierung vertut diese Chance auf Transparenz aber leider, indem sie die europäische Richtlinie nur halbherzig umsetzt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung bleibt sogar noch hinter der angekündigten 1:1-Umsetzung zurück. Wir fordern dagegen eine ehrgeizige Umsetzung der europäischen CSR-Richtlinie mit dem Ziel, dass die Berichterstattung über Nachhaltigkeitsindikatoren für Unternehmen in Deutschland genauso selbstverständlich und relevant wird, wie es der finanzielle Lagebericht längst ist. Mehr Infos dazu [HIER](#).

5. Schrittweises Ende für Fluorkohlenwasserstoffe

In Kigali (Ruanda) hat sich die internationale Staatengemeinschaft jetzt darauf verständigt, die besonders klimaschädlichen Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) schrittweise vom Markt zu nehmen und durch klimafreundlichere Alternativen zu ersetzen. Bis 2019 sollen die Industriestaaten den Verbrauch der klimaschädlichen FKW in einer ersten Phase um zunächst 10 Prozent senken (bezogen auf den Zeitraum von 2011-2013), in einer weiteren Phase soll sich dann eine Reduzierung um 85 Prozent bis 2036 anschließen. Entwicklungsländer sollen grundsätzlich etwas mehr Zeit erhalten und müssen die Ziele erst 2029 beziehungsweise 2045 erreichen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings ist der Fahrplan wenig ambitioniert. Deutschland sollte hier ein Zeichen setzen und den weitgehend unproblematischen

Ausstieg von den FKW deutlich schneller angehen und die Entwicklungsländer beim Umstieg unterstützen. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

6. Städteregion Aachen kämpft gegen die belgischen AKW Tihange und Doel

Risse im Reaktordruckbehälter, Pannen und Notabschaltungen im Wochenrhythmus, unaufgeklärte Sabotageakte, Mitarbeiter mit Verbindungen zum IS-Terrorismus – die sieben Atomkraftblöcke an den beiden belgischen Standorten Tihange und Doel liefern genug Argumente für ihre sofortige Abschaltung. Dafür klagt die Städteregion Aachen zusammen mit 80 anderen Kommunen aus Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg, unterstützt von den Landesregierungen in NRW und Rheinland-Pfalz. Leider tut die Bundesregierung nichts, um die Klage zu unterstützen, obwohl [eine aktuelle Studie belegt](#), wie katastrophal sich ein GAU im AKW Tihange auch auf Deutschland auswirken würde.

Agrar/ Ernährung/Verbraucher

7. Freihandelsabkommen CETA: Sand in den Augen der Öffentlichkeit

Nachdem die Bundesregierung trotz Bedenken der Öffentlichkeit das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen abgesegnet hat, hatte die wallonische Regionalregierung in Belgien das Abkommen zeitweise gestoppt. Wir finden: Aus gutem Grund. Wir Grüne im Bundestag haben uns wiederholt gegen die Unterzeichnung des Abkommens ausgesprochen. Wir sprechen uns weiterhin ausdrücklich für eine gemeinsame europäische Handelspolitik aus und halten die Zuständigkeit der EU in dieser Frage für vollkommen richtig. Unabhängig davon kritisieren wir die inhaltliche Ausrichtung dieser Politik, auf die auch die Regierungen der Mitgliedsstaaten maßgeblichen Einfluss haben. Unsere Kritik an CETA richtet sich gegen eine Verhandlungsagenda, die auf Schiedsgerichte, die Schwächung des europäischen Vorsorgeprinzips und Einschränkungen für Kommunen setzt. Weitere Infos zum weiteren Verfahren und unsere Position findet sich [HIER](#).

8. Walfang stoppen

Obwohl es seit 30 Jahren ein Walfangmoratorium gibt, sterben Jahr für Jahr weiterhin tausende Wale. Und das unter dem Deckmantel vermeintlicher wissenschaftlicher Forschung. Ganz vorne dabei: Japan. Aber auch in deutschen Küstengewässern kommen unzählige Kleinwale ums Leben. Die Stellnetzfisherei wird zur tödlichen Falle, die Schweinswale ersticken grausam. Daher ist es genauso wichtig wie vor 30 Jahren: Wir brauchen einen konsequenten Walschutz – sowohl international als auch bei uns. Weitere Infos [HIER](#).

9. Fischerei in Küstenmeeren: Dorsch in den Fängen der Politik

Der Dorsch ist ein beliebter Speisefisch. Doch sein Bestand in deutschen Küstengewässern ist massiv bedroht. Jahrelange intensive Fischerei hat die Bestände besorgniserregend dezimiert. Zwar haben nun die Minister der EU-Staaten beschlossen, die Fangquoten für den westlichen Dorsch um etwa die Hälfte zu kürzen. Das scheint drastisch, entspricht jedoch keineswegs den Vorschlägen der unabhängigen Wissenschaftler. Diese hatten eine Fangquotenkürzung um 88 Prozent gefordert. Auf diese Weise würde gewährleistet, dass sich der akut bedrohte westliche Dorsch wieder erholen könnte. Hier muss unbedingt nachjustiert werden. Wie? Unsere Antworten gibt es [HIER](#).

10. Genmais: Agrarminister Schmidt's großer Schwindel

Die überwältigende Mehrheit in Deutschland wünscht sich eine flächendeckende Gentechnikfreiheit auf den Äckern. Doch Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt sucht immer neue Schlupflöcher zur Freude der Gentechnik-Konzerne. Wir wollen dem einen Riegel vorschieben. Weitere Infos und unsere Bundestags-Anträge finden sich [HIER](#).

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

11. Untersuchungsausschuss Abgasskandal – Ein Minister, der nichts aufklären und keine Konsequenzen will

Allen in der Bundesregierung und ihren nachgeordneten Behörden mit dem Thema Autoabgase befassten Menschen war seit mindestens 10 Jahren bewusst, dass die realen Stickoxid-Emissionen der Fahrzeuge nichts mit den Messungen auf der Rolle im Labor bei den Typenzulassungen zu tun haben. Die Autos stoßen im Normalbetrieb oft ein Vielfaches der zulässigen Grenzwerte aus. Das betrifft nicht nur VW, sondern nahezu alle Automarken. Es ist organisiertes Staatsversagen, dass sämtliche Behörden den Ursachen hierfür über einen so langen Zeitraum nicht auf den Grund gegangen sind, sondern die Überschreitung einfach hingenommen haben. Längst ist nicht mehr nur das Manipulieren und Betrügen der Autoindustrie der Skandal, es ist vielmehr ein Minister, der die Manipulationen hat geschehen lassen und bis jetzt nichts aufklärt und nichts ändern will. Mehr dazu [HIER](#) sowie weitere aktuelle Infos zum Untersuchungsausschuss Abgasskandal immer [HIER](#).

12. Bundesverkehrswegeplan – Dobrindts unrealistische „Wünsch-Dir-Was“-Liste

In drei Sondersitzungen diskutierte der Verkehrsausschuss Ende Oktober die Projekte des Bundesverkehrswegeplans. Doch wer gehofft hat, dass die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD der Dobrindt'schen Straßenbauwunschlister irgendetwas entgegensetzen, wurde schnell eines Besseren belehrt. Schon früh zeichnete sich ab, dass die Abgeordneten die Verhandlungen der Ausbaugesetze im Bundestag dazu nutzen werden, weitere lokale Prestigeprojekte durchzudrücken. Und zwar, ohne darauf zu achten, ob das Projekt überhaupt zur Lösung von Verkehrsproblemen beiträgt. Dabei wurde kein Gedanke zu viel an Steuergelder oder Umweltfolgen verschwendet. Wir haben mit rund 150 strittigen Projekten exemplarisch aufgezeigt, wie diese einer zukunftsfesten Verkehrsnetzplanung im Wege stehen und die Bundesregierung dazu befragt. Erwartungsgemäß blieben die Fragen zum großen Teil unbeantwortet. Wir werden in den Verhandlungen weiterhin auf eine nachhaltige Netzplanung pochen und uns gegen unsinnige Prestigeprojekte und Wahlkreisgeschenke auf Kosten von Mensch, Natur und Umwelt wehren. Spätestens bei den Abstimmungen über unsere Änderungsanträge Ende November müssen die Abgeordneten der Großen Koalition dann Farbe bekennen. Weitere Infos gibt es immer [HIER](#).

13. Verkehrswende einleiten und fossile Verbrennungsmotoren auslaufen lassen

Wenn wir das Pariser Klimaabkommen ernst nehmen, dann dürfen nach 2030 keine fossilen Verbrennungsmotoren mehr neu auf die Straße. Für Fahrzeugbesitzer ändert sich damit nichts. Nur so kann Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen. Vor wenigen Wochen hat dies auch der Bundesrat parteiübergreifend so beschlossen. Da erstaunt es schon, wenn Union und SPD das im Bundesrat beschließen, sich dann aber darüber echauffieren, wenn Grüne die Umsetzung einfordern. Die Bundesregierung muss endlich mit der Industrie eine verbindliche Roadmap mit konkreten Schritten vereinbaren, um das Ziel zu erreichen. Nur so wird die deutsche Autoindustrie im globalen Wettbewerb bestehen können. Auf dem Bundesparteitag der Grünen im November haben wir dazu einen Antrag formuliert, welcher [HIER](#) abrufbar ist.

14. Fraktionsschwerpunkt: Grün macht mobil!

Unser Verkehrssystem gerät an seine Grenzen. Weltweit ersticken Städte am Verkehr. In Metropolen wie Paris und London oder in China werden deshalb der Ausbau der Elektromobilität oder die gezielte Förderung des Radverkehrs vorangetrieben. Länder wie Norwegen und die Niederlande diskutieren über ein Verbot von Verbrennungsmotoren bis 2025. Hierzulande aber tritt die Verkehrspolitik seit Jahren auf der Stelle und klimaschädliche Emissionen von Autos, Lastwagen und Flugzeugen nehmen zu. Unsere Städte sind zugeparkt und kämpfen, vom Bund allein gelassen, gegen die gesundheitsgefährdende Feinstaub- und Stickoxidbelastung. Spannende verkehrspolitische Entwicklungen finden bisher woanders statt. Wir Grüne im Bundestag wollen die Verkehrspolitik erneuern. Daran arbeiten wir zurzeit mit unserem Themenschwerpunkt "Grün macht mobil". Im Rahmen einer Infotour wollen wir mit allen Akteuren ins Gespräch kommen, wie wir die Mobilität der Zukunft gestalten. Eine Übersicht über die Veranstaltungen in Berlin, NRW und anderswo findet sich [HIER](#).

15. Damit Wohnen bezahlbar bleibt

1989 hat die schwarz-gelbe Koalition die alte Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft. Seitdem sind zwei von drei ehemals gemeinnützigen und bezahlbaren Sozialwohnungen verloren gegangen. Während mittlerweile in über dreihundert Städten in Deutschland bezahlbarer Wohnraum fehlt, verlieren wir immer noch jedes Jahr weitere 60.000 Sozialwohnungen. Die Folge: Bezahlbares Wohnen ist heute in Deutschlands Ballungsräumen und Unistädten für breite Schichten zur ganz großen sozialen Herausforderung geworden. Unsere Antwort darauf: in den nächsten zehn Jahren eine Million bezahlbare Wohnungen in lebendigen vielfältigen Nachbarschaften bereitstellen. Wir treten für einen starken Zusammenhalt ein und wollen mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit die alte Idee mit neuem Leben füllen. In unserem [Antrag „Gemeinsam für bezahlbares Wohnen – lebenswert und klimafreundlich“](#), zeigen wir, wie das geht. Mehr Infos zum Thema [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.